

Vertrag

über die Durchführung des Schülerspezialverkehrs

(Linie 8 – OGS Albert-Schweitzer-Schule)

Zwischen

der Stadt Lage -Fachgruppe Schule und Sport -,
Am Drawen Hof 1, 32791 Lage
vertreten durch den Bürgermeister und den Fachbereichsleiter,

- nachstehend Schulträger genannt –

und dem Unternehmen

XXX

- nachstehend Unternehmer genannt-

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Der Schulträger überträgt dem Unternehmer die Beförderung von den berechtigten Schülerinnen und Schülern der Albert-Schweitzer-Schule. Die Beauftragung eines Subunternehmers durch den Unternehmer ist grundsätzlich nicht zulässig. Ausnahmen bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung.

§ 2

Als Vertragsbestandteile dieses Rahmenvertrages gelten:

- a. Die Leistungsbeschreibung gemäß der Ausschreibung
- b. Die Preisvereinbarung/Angebot des Unternehmers gemäß der Ausschreibung
- c. Der Fahrplan (Anlage 1)
- d. Der Verhaltenskodex (Anlage 2)
- e. Die eingereichten Ausschreibungsunterlagen

Etwaige Vorverträge, nichtausgeführte Unterlagen, Protokolle oder sonstige Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages, insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Unternehmers sind nicht Vertragsbestandteil.

§ 3

Das Unternehmen verpflichtet sich, die aus diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen jederzeit fachgerecht und ordnungsgemäß durchzuführen.

Die Beförderung erfolgt in Absprache zwischen den Vertragspartnern. Eigenständige Änderungen des ausgegebenen Fahrplanes durch Eltern/Erziehungsberechtigte sind nicht zulässig. Sie bedürfen stets der Zustimmung des Schulträgers oder im Einzelfall der Schule. Der Schulträger behält sich vor, die Übernahme von Kosten für Beförderungen, die nicht von ihm in Auftrag gegeben wurden, abzulehnen.

Die Fahrten werden nach einem vom Schulträger mit dem Unternehmer abgestimmten Fahrplan durchgeführt. Der Fahrplan sowie die Fahrstrecke gehen aus der Anlage 1 hervor, die Bestandteil des Vertrages ist. Fahrplanänderungen sind dem Unternehmer rechtzeitig mitzuteilen. Es ist stets die für die Schülerinnen und Schüler günstigste Fahrstrecke zu benutzen.

In Absprache zwischen dem Unternehmen und den Erziehungsberechtigten werden Haltestellen zum Ein- und Ausstieg vereinbart. Diese Haltestellen sind so einzurichten, dass dem Kind ein gefahrloser Schulweg zwischen Wohnung und Haltestelle möglich ist.

Abweichungen von der Streckenführung sind nur zulässig, wenn die Einhaltung aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich ist.

§ 4

Der Unternehmer verpflichtet sich,

1. dass die eingesetzten Fahrzeuge den gesetzlichen Bestimmungen der StVO, StVZO, BOKraft entsprechen.
2. den Schulträger unverzüglich zu unterrichten, falls er nicht mehr Unternehmer im Sinne von § 46 ff. Personenbeförderungsgesetz ist,
3. die eingesetzten Fahrzeuge in den vorgeschriebenen Zeitabständen, mindestens einmal jährlich, dem TÜV zur Hauptuntersuchung vorzuführen, festgestellte Mängel unverzüglich zu beseitigen und dies dem Schulträger auf Aufforderung nachzuweisen.
4. Personenkraftwagen, die nicht als Taxi oder Mietwagen genehmigt wurden, beim Straßenverkehrsamt als Schülerbeförderungsmittel zuzulassen.
5. die eingesetzten Fahrzeuge entsprechend den gültigen amtlichen Richtlinien (§33 Abs. 4 BOKraft) als Schulbusse bzw. als für den Schultransport eingesetzte Fahrzeuge zu kennzeichnen.
6. die Türen der eingesetzten Fahrzeuge so zu sichern, dass ein unbeabsichtigtes Öffnen der Türen nicht möglich ist (Türverschlussicherung)
7. beim Einsatz von Kleinbussen und Kraftomnibussen die Ein- und Ausstiege beidseitig mit Haltegriffen zu versehen, soweit dies technisch möglich ist,
8. die Fußböden der Fahrzeuge so auszustatten, dass sie ausreichend rutschhemmend sind,
9. die eingesetzten Fahrzeuge so ausreichend zu versichern und im Falle, dass vorübergehend ein Fahrzeug eines Dritten eingesetzt werden muss, sich vor Fahrantritt vom Bestehen einer ausreichenden Versicherung für dieses Fahrzeug zu überzeugen,
10. die Schüler/innen in Personenkraftwagen und Kleinbussen (in Kraftomnibussen soweit vorhanden) mit den jeweils nach der STVO vorgeschriebenen Rückhaltevorrichtungen anzuschnallen (2-Punkt-Haltegurt bzw. 3-Punkt-Haltegurt). Eigenanfertigungen sind nicht zulässig. Kinder bis zum vollendeten 12 Lebensjahr, die kleiner als 1,50 m sind, in amtlichen genehmigten und für das Kind geeigneten Kinderrückhaltesystemen zu sichern (§ 21 Abs. 1a StVO),
11. dafür Sorge zu tragen, dass die Kinder während der Fahrt angegurtet sind. Kinder, die das Anlegen der Gurte ablehnen, sind der Schule schriftlich mitzuteilen.
12. Kinder während der Fahrt ohne Zustimmung des Schulträgers nicht in andere Fahrzeuge umsteigen zu lassen.
13. im Fahrzeug eine Liste mit den Namen, Anschriften und Telefonnummern der zu befördernden Kinder mitzuführen (sog. Fahrplan)
14. das Fahrzeug mit den Witterungsverhältnissen angemessenen Reifen auszustatten (insbesondere in den Wintermonaten), s. auch § 18 BOKraft.

Sofern vorübergehend ein Fahrzeug eines Dritten eingesetzt werden muss, ist der Schulträger vorab in Kenntnis zu setzen. Das Unternehmen verpflichtet sich, sich vor Fahrantritt davon zu überzeugen, dass das Fahrzeug und das Fahrpersonal die Anforderungen dieses Vertrages erfüllen.

§ 5

Das Unternehmen stellt die erforderlichen Arbeitskräfte. Es verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässiges und geeignetes Personal für die Leistungsdurchführung einzusetzen. Das Fahrpersonal ist in geeigneter Weise in seine Aufgaben einzuweisen. Arbeitskräfte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind auf Verlangen des Schulträgers abzulösen. Der Schulträger ist berechtigt, das Personal auf Zuverlässigkeit und Eignung zu prüfen. Das Fahrpersonal hat den Anweisungen der Aufsichtsperson der Schule Folge zu leisten.

Der Unternehmer verpflichtet sich des Weiteren,

1. Fahrer und ggf. Begleitperson zur Rücksichtnahme auf die Behinderung der Schüler anzuhalten und sicherzustellen, dass die Schüler rechtzeitig zum Schulbeginn in der Schule eintreffen und pünktlich abgeholt werden,
2. nur Fachpersonal einzusetzen, das eine gültige Fahrerlaubnis für das eingesetzte Fahrzeug und eine gültige Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach § 48 FeV besitzt.
3. keine Person zu beschäftigen, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 180, 180a, 181a, 182, 183 bis 184 ff., 225, 232 – 233a, 234, 235 oder 236 Strafgesetzbuch (StGB) verurteilt worden ist. Deshalb lässt sich der Unternehmer von seinen Arbeitskräften vor Beginn der Tätigkeit und regelmäßig im Abstand von 3 Jahren ein erweitertes Führungszeugnis gemäß § 30 a und 32 Bundeszentralregistergesetz vorlegen. Auf Verlangen ist dem Schulträger im Einzelfall das Vorliegen eines für den Einsatz im Fahrdienst bedenkenlosen erweiterten Führungszeugnis zu bestätigen. Arbeitskräfte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind auf Verlangen des Schulträgers abzulösen.
4. die Bestimmungen über die Besetzung von Kraftfahrzeugen einzuhalten, wobei für die Anzahl der Sitzplätze die Angaben im Kfz.-Schein maßgebend sind; §34a StVzO ist zu beachten
5. zum Ein- und Aussteigen nur an gesicherten Plätzen anzuhalten und ein gefahrloses Ein- und Aussteigen der Schüler/-innen zu gewährleisten,
6. beim Einsatz eines Personenkraftwagens nur ein Kind, das durch einen Gurt gesichert ist, auf dem Beifahrersitz zu befördern,
7. dem Träger besondere Vorkommnisse und Unfälle unverzüglich mitzuteilen,
8. keine dritten Personen im Fahrzeug mitzunehmen, mit Ausnahme von Bediensteten des Auftraggebers, Begleitpersonen und Lehrpersonal, falls dies erforderlich sein sollte,

9. dafür Sorge zu tragen, dass in den eingesetzten Fahrzeugen generell (auch während Stand- und Wartezeiten) nicht geraucht wird. Auf die Bestimmungen des Bundesnichtrauchschutzesetzes wird verwiesen.

Im Übrigen sind die Bestimmungen der StVo, StVZO und BOKraft in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

§ 6

Das zu zahlende Beförderungsentgelt ergibt sich aus Anlage 1 zum Vertrag. Es beinhaltet auch die Kosten für die Begleitperson.
Abgerechnet werden die tatsächlichen anfallenden Beförderungstage (= Schultage).

Bei einer gravierenden Verkürzung bzw. Verlängerung der Tagesfahrstrecke wird das Beförderungsentgelt entsprechend angepasst. Wird der Beförderungsvertrag verlängert, errechnet sich das „neue“ Beförderungsentgelt unter Berücksichtigung der „neuen“ Tagesleistungen.

Fallen Schultage wegen höherer Gewalt aus (Glatteis, Unwetter, Pandemie, Epidemie etc.,) werden 70 % des vereinbarten Entgeltes gezahlt. Fallen Schultage aus schulorganisatorischen Gründen aus, ist der Unternehmer rechtzeitig vorher zu unterrichten. Ein Entgelt ist für diese Tage nicht zu bezahlen.

Wird/werden das/die in der Anlage 1 genannten Fahrzeug(e) durch (ein) andere(s) Fahrzeug (e) ersetzt, ist der Unternehmer verpflichtet, die entsprechenden Daten dem Träger mitzuteilen.

Die Abrechnung der monatlichen Fahrtkosten erfolgt auf Nachweis bzw. Rechnung. Die Rechnung ist spätestens am 10. Tag des Folgemonats vorzulegen. Für ggf. gezahlte Abschläge auf die Beförderungskosten behält sich der Schulträger das Recht der jederzeitigen Rückforderung vor. Einen Anspruch auf Abschlagzahlungen besteht nicht.

Erfüllt der Auftragnehmer seine Pflichten mangelhaft, ist der Auftraggeber nach Abmahnung berechtigt, das Entgelt je mangelbehaftetem Beförderungstag entsprechend zu kürzen.

§ 7

Die Verantwortung für Schäden, die sich unmittelbar aus der Beförderung der Kinder sowie der Beschaffenheit und dem Zustand des Fahrzeuges ergeben, tragen ausschließlich das Unternehmen und sein Fahrpersonal sowie die Begleitperson. Sollte im Zusammenhang mit der Beförderung, gleichwohl Ansprüche gegen den Schulträger, der nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit oder aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit haftet, erhoben werden, so hat das Unternehmen diesen hiervon freizustellen.

Er ist verpflichtet, sich, seine Fahrer und Insassen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu versichern. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Unternehmers sind ausgeschlossen.

Kommt der Unternehmer seinen Pflichten aus diesem Vertrag nicht nach, kann der Schulträger nach vorheriger Abmahnung auf Kosten des Unternehmers ein anderes

Unternehmen mit der Beförderung beauftragen. Erfüllt der Unternehmer seine Pflichten mangelhaft, ist der Schulträger nach Abmahnung berechtigt, das Entgelt je mangelbehafteten Beförderungstag entsprechend zu kürzen.

§ 8

Der Auftragnehmer ist zum Datenschutz verpflichtet. Das von ihm eingesetzte Personal verpflichtet sich, über alle bei der Gelegenheit der Leistungsaufführung bekannt gewordenen personenbezogenen Daten, auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, gemäß der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (u.a. § 203 StGB und den datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundes und des Landes NRW, u.a. 3.6 DSG NRW) Verschwiegenheit zu bewahren.

§ 9

Der Vertrag gilt vom Tag der Zuschlagserteilung bis zum 31.07.2027 und verlängert sich jeweils bis zum Ende des folgenden Schuljahres, spätestens bis zum Ablauf des Schuljahres 2030/31, wenn nicht eine der beiden Parteien mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf des jeweiligen Schuljahres schriftlich kündigt.

Das Recht auf außerordentliche Kündigung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bleibt unberührt. Dabei liegt ein wichtiger Grund insbesondere dann vor, wenn infolge erheblicher Verstöße gegen die Pflichten nach §§ 2-6 dieses Vertrages ein ordnungsgemäßer Betrieb nicht gewährleistet ist sowie im Falle mangelhafter Fahrzeugstellung oder Fahrbereitschaft. § 7 bleibt davon unberührt.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 10

Das Vertragsverhältnis wird gegenstandslos, wenn die notwendige Beförderung der Schüler/innen entfällt.

§ 11

Der Schulträger behält sich vor, die Streckenführung und die Kilometer- bzw. Zeitangaben jederzeit zu überprüfen. Außerdem ist der Auftraggeber berechtigt, den Zustand und die Ausrüstung der Fahrzeuge in unregelmäßigen Abständen zu prüfen oder prüfen zu lassen. Ggf. festgestellte Mängel hat der Auftragnehmer unverzüglich zu beseitigen.

§ 12

Die Ansprüche des Unternehmers aus diesem Vertrag gegen den Schulträger können weder abgetreten noch verpfändet werden.

§ 13

Nebenabreden im Rahmen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Keine Partei kann sich auf eine vom Vertrag abweichenden tatsächliche Übung berufen, solange die Abweichung nicht schriftlich fixiert ist.

§ 14

Dieser Vertrag bleibt auch dann gültig, wenn einzelne Bestimmungen sich als ungültig erweisen sollten. Die betreffenden Bestimmungen ist dann so auszulegen, dass die mit ihr ursprünglich angestrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecke soweit wie möglich erreicht werden.

§ 15

Als Gerichtsstand gilt Detmold.

Lage, den _____
Für den Schulträger
Für den Unternehmer

Lage, den _____
Für den Unternehmer

Matthias Kalkreuter (Bürgermeister)

XXX

Frank Rayczik (Beigeordneter)